

Pressemitteilung zur Notarztversorgung "Altes Amt Lönningen"

Sehr geehrte Pressevertreter,

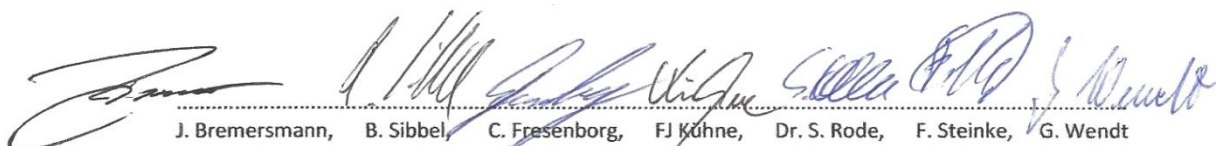
mit großer Sorge verfolgt die UFL das in den letzten Monaten heftig diskutierte Thema der Notarztversorgung im Alten Amt Lönningen. Wir sind uns unserer Verantwortung als Lönninger Politiker bewusst und haben bereits im November 2017 bei der Stadtverwaltung beantragt, dass ein Arbeitskreis zur ärztlichen Grundversorgung in Lönningen und den angrenzenden Kommunen eingerichtet wird. In diesem Arbeitskreis wollen wir zusammen mit Vertretern der Ärztegemeinschaft, des Fördervereins St.-Anna-Klinik, Vertretern der Stadtverwaltung und des Kreistages, sowie mit unseren Ratskollegen quartalsweise die ärztliche Versorgung in Lönningen besprechen und Lösungsvorschläge zur Sicherung der ärztlichen Grundversorgung erarbeiten. Diese Ansätze können dann parteiunabhängig in den zuständigen Gremien im Kreistag von allen Lönninger Abgeordneten vertreten werden.

Uns überrascht und bestürzt es sehr, dass das bestehende Notarztsystem in Lönningen, aufgrund der kürzlich getroffenen Entscheidung des Kreistages keine langfristige Bestandsgarantie bekommen hat. Im November bekundeten noch alle Lönninger Vertreter im Kreistag, allen voran der CDU-Fraktionsvorsitzende Hans Götting, dass man entschieden gegen eine Umgestaltung der Notarztversorgung in Lönningen sei (MT, 17.11.2017). "Kostensparen kann, wenn es um Minuten und Menschenleben geht, keine Rolle spielen", so Götting. Umso mehr bestürzt es uns, dass die CDU und somit auch die Lönninger CDU-Abgeordneten im Kreistag den gemeinsamen Antrag von SPD, Grüne und UWG zum unbefristeten und unveränderten Bestand der Lönninger Notarztversorgung abgelehnt hat; dies hätte langfristige Bestandsgarantie bedeutet.

Nun soll in den nächsten drei Jahren der Einsatz von Telemedizin und speziell ausgebildeter Sanitäter evaluiert werden, um dann erneut über dieses Thema abzustimmen. Uns ist nicht ersichtlich, wie ohne funktionierende, flächendeckende Breitbandversorgung die Telemedizin getestet werden soll. Wir sind nicht davon überzeugt, dass der Breitbandausbau in den nächsten Jahren abgeschlossen sein wird, so dass die vorgesehene Testphase unserer Meinung nach nicht sinnvoll ist.

Wir fordern daher, dass der beantragte Arbeitskreis zur ärztlichen Grundversorgung nun möglichst schnell eingerichtet wird und alle politischen Vertreter Lönningens an einem Strang ziehen. In dieser grundlegenden Angelegenheit sollten wir Lönninger nach außen eine geschlossene Linie vertreten, die parteiunabhängig und zur Not auch gegen Fraktionsmehrheiten durchgesetzt werden muss!

Mit freundlichen Grüßen,



J. Bremersmann, B. Sibbel, C. Fresenborg, FJ Kühne, Dr. S. Rode, F. Steinke, G. Wendt